

Danziger Zeitung.



No. 16934.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Anserate kosten für die sieben geteilten gewöhnlichen Schrifteile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Informationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Der allgemeine Zollkrieg.

Die Besserung der wirtschaftlichen Lage, welche sich erfreulicher Weise vorbereitet, hat ihren Ausgang und Ursprung in dem weiten Weltverkehr. Sie würde viel allgemeiner und schneller, viel wohltätiger ihre Wirksamkeit für die Staaten und für jeden einzelnen erweitern, wenn nicht fast alle Staaten Europas im wirtschaftlichen Ariege gegen einander ständen. Ein Staat führt sich durch die Jölle des anderen geschädigt, und er sucht dafür Vergeltung dadurch zu üben, daß er solche Jölle ausstellt, welche dem anderen möglichst großen Schaden zufügen; und das fällt nie schwer. Man erreicht damit immer den zunächst beabsichtigten Zweck. Aber leider hat man selber keinen Nutzen davon, sondern auch nur Schaden. Eine Erleichterung des Verkehrs von Staat zu Staat kommt immer beiden Theilen zu gute. Jede Absperrungsmaßregel der Staaten gegen einander schadet ja genügend denen, gegen welche sie gerichtet ist, aber sie schadet auch dem, von dem sie ausgegangen ist; und manchmal diesem mehr noch als jenem.

Man kann ähnliches im Kleinen in jedem Dorfe erleben. Wenn alle Ortsgenossen befreit sind, einer dem anderen stets freundlich und gesellig zu sein und einander in der Not beizustehen, so befinden sich schließlich alle wohl dabei, und alle kommen vorwärts. Wenn dagegen alle gegen einander ungesellig sind und sich gegenseitig viel Schaden zufügen suchen, wenn ein Nachbar z. B. dem anderen bei der geringsten Gelegenheit das Vieh abspendet, und wenn sie beständig unter einander streiten und profifieren, so erreichen sie ganz sicher den Zweck, ihren Nachbarn und vermeintlichen Gegnern Schaden zufügen und das Leben zu verbittern; aber wenn jeder schließlich seinen Schaden besteht, so findet er, daß er am Ende sich selber den größten Schaden zugefügt hat, daß aus dem Krieg aller gegen alle keiner Nutzen gejogen hat.

So ist es auch im Verhältnis von Staat zu Staat. Zu freihändlerischen Zeiten, als die europäischen Staaten Conventionaltarife mit Meistbegünstigung abschlossen, nahmen Gewerbe, Industrie, Handel und Landwirtschaft überall einen ungeahnten großen Aufschwung. Beim Abschluß eines Handels- und Zollvertrages wogen die vertraglichenden Theile Zugeständnisse, welche wegen der Meistbegünstigung auch anderen Staaten zu Gute kamen, nicht so genau gegen einander ab, weil sie mit Recht der Meinung waren, daß derjenige eine Erleichterung nach der Richtung des freien Verkehrs hin zugestand, damit sich selber den größten Nutzen schaffe.

Diese Auffassung schlug mit Beginn der neuen „nationalen“ Wirtschaftspolitik sofort in ihr Gegenthilf um. Als Fürst Bismarck im Jahre 1879 die Berathung des neuen schutzhüllerischen Zolltarifs einleitete, stellte er den Grundsatz auf, daß beim Abschluß eines Handelsvertrags immer einer der Betrogene sei; wer dies sei, das stelle sich aber erst nach Jahren heraus, deshalb müsse man bei solchen Abschlüssen sehr vorsichtig sein... Wenn man von solchen Grundsatzen erfüllt ist, so gelangt man unmöglich zum Abschluß von wertvollen Verträgen. Diese sind daher seitdem ungemein mager ausgefallen. Sie enthalten zwar die Meistbegünstigungsklausel, dieselbe ist aber inhaltlos; denn da die vertraglichenden Theile anderen Staaten keine Begünstigungen zugestanden haben, können sie ihren augenblicklichen Mitcontrahenten auch keine Begünstigungen gewähren. Und in allen Ländern leidet nicht nur der Handel, sondern leidet auch die Production darunter, daß ihre früheren Absatzgebiete verschlossen sind.

Am 2. und 21. Mai 1879 exemplifizierte Fürst

Arthur Schopenhauer verbot, zu seinem 100. Geburtstage.

II
Les grandes pensées viennent du cœur. (Die großen Gedanken kommen aus dem Herzen.) Vauvenargues.

Das Lied von dem ewigen Schmerz ist so ewig wie dieser selbst. Ja, die Sprache, der Stoff jeder Dichtung und jedes Liedes kann keinen anderen Ursprung gehabt haben, als in dem Gefühl eines gewaltigen Schmerzes, der aus der Seele heraus nach Befreiung verlangte und diese darin fand, daß er sich äußerte. So wurde der Mensch, dessen Brust zum ersten Mal sich ein anderen verständlicher Laut des Schmerzes entzog, zum ersten Redner und Dichter.*). Als er so fand, daß ihm ein Gott gegeben zu sagen, waserleide, griff er immer wieder zu diesem Mittel der Erleichterung, das ihm schließlich Erquickung und Freude bereitete. So entstand die Sprache, jenes Geschenk der ersten Menschen, das sie mit ihrem Herzblut bezahlten — wie alle Güter des Lebens genießen wir auch dieses wie etwas Alltägliches, von dem wir uns nicht vorstellen können, wie es nicht sein kann, obgleich ein wenig Überlegung uns doch sagen muß, daß es einmal nicht gewesen ist. Aber auserwählten Menschen wird das Alltägliche wieder ein Wunder. Sie stützen, staunen, empfinden, fühlen wieder, „der Schmerz wird neu, es wiederholt die Klage des Lebens labyrinthisch irren Lauf.“

So treten die Tröster der Menschheit, die Sünder auf und schaffen aus ihren Schmerzen unsere Freude. Darum entspricht es auch dem strengen Gesetz der Notwendigkeit, daß die größten Dichter aller Zeiten selbst diese Quelle

*) Vergl. das ausgezeichnete Werk von Gustav Gerber, Die Sprache als Kunst (2. Auflage, Berlin 1885), namentlich das schöne Kap. I. des ersten Bandes.

**) Vergl. auch Byrons The tree of knowledge is not that of life (Manfred, S. I.). Der Baum der Erkenntnis ist nicht der des Lebens.

***) Licht und Wärme, letzte Strophe.

****) Die Ideale, letzte Strophe.

*****) Vergl. Die Künftler.

******) Licht und Wärme, letzte Strophe.

******) Vergl. a. Paullsen: Arthur Schopenhauer. Deutsche Rundschau, Oktober-Hef. 1882 — das Beste, was in Revuen über den Philosophen geschrieben worden ist.

Ansichten nur noch über den Zeitpunkt, für welchen die Krise zu erwarten ist, auseinander. Wiederholte Conferenzen des Reichskanzlers mit dem Kaiser und mit dem Prinzen Wilhelm scheinen mit dieser Sachlage zusammenzuhangen.

* Aus San Remo wird vom 20. Februar, Abends, telegraphisch gemeldet: Der Prinz von Wales ist heute Abend 6 Uhr hier angekommen und bei der Ankunft von dem Prinzen Heinrich von Preußen und dem Großherzog von Hessen empfangen worden. Der Prinz stieg im Victoria-Hotel ab und begab sich bald nach seiner Ankunft in die Villa Iorio.

Aus San Remo erfährt der „B.-Cour.“ vom Montag Nachmittag drei Uhr: Sanitätsrat Mengerhofer wurde gestern vor seiner Abreise von dem Kronprinzen in Audienz empfangen. Der Kronprinz unterhielt sich mit Herrn Mengerhofer teils schriftlich, teils mündlich. Während der Audienz stand der Kronprinz zum ersten. Er war in freundlicher Laune. Der Kronprinz knüpfte an seinen früheren Aufenthalt in Gries bei Bozen an. Seine Stimmung erheiterte sich durch die Wahrnehmung, daß seine Münze so verständlich sei. Herr Mengerhofer fand das Aussehen und die Stimmung des Kronprinzen vergleichsweise sehr günstig.

Erkundigungen bei Personen, die über die Vorgänge in San Remo fortlaufend auf das genaueste unterrichtet sind, lassen, schreibt der „B.-C.“ weiter, den augenblicklichen Zustand des Kronprinzen als den eines Schwierigen erkennen, und deshalb wurde der Frage, ob etwa die Übersiedelung nach Berlin zu noch wirkamerer Pflege in Rede gekommen wäre, der bestimmte Bescheid: hierüber in Erwähnung einzuholen, verböte den Aertern unweishaft die Unmöglichkeit der Ausführung einer immerhin weiten und deshalb beschwerlichen Reise, die für den kranken Prinzen mit zu vielen Gefahren verbündet sein würde. Unser ausgezeichnete Gewährsmann setzt hinzu: Mit Recht weiß Dr. Mackenzie die Vermuthung einzelner ab, es bilde die Natur der Krankheit nach wie vor unter den sechs Aertern einen Differenzpunkt. Zu Diskussionen über Doctorfragen bleibt schon darum nicht Zeit übrig, weil jeder Augenblick der Sorge gilt, wie das Leiden zu mildern sei, und wird der Prinz ängstlich gegen jeden Aufzug im Zimmer geschütt, so ist damit das Verbot des geringsten Temperaturwechsels ausgeschritten. Es werden viele Tage vergehen müssen, bevor daran gedacht werden kann, den schwerkranken Prinzen bei völlig windfreiem Wetter der milden Außenluft auszuliefern. Schon die Abmilderung des Prinzen verbietet dies, die einen abgeschlossenen Raum nötig macht. Der weite und hohe Saal, in dem sich der Patient aufhält, bekommt gleichmäßig warme und frische Luft vermittelst anstoßender Zimmer, deren entferntes geöffnet wird, um die zuströmende verbrauchte Luft aufzunehmen und den anderen Zimmern gute Luft zuzuführen. Der an Bewegung im Freien gewohnte Patient ist gerade so empfindlich gegen jedeweile mit Arzneistoffen gefüllte Luft, wie er bei seinem Zustande für Erkältungen empfänglich sein würde, und die geringste Erkältung wäre von unberechneten Folgen.“

Dem „B. Tgbl.“ wird aus San Remo vom 20. Febr. Nachm. gemeldet: „Heute fand unter Anwendung von Cocain eine Unterlufthung des Gehlkopfes durch alle Aerzte statt. Die entzündliche Schwellung schien ein wenig verringert. Im Laufe des Tages war der Husten geringer als während der Nacht. Fleber ist nicht aufgetreten.“

Aus Rom wird demselben Blatte berichtet: „Schon vor einiger Zeit verzeichnete die nicht immer zuverlässige „Capitale“ das Gericht, Kaiser Wilhelm werde nach San Remo reisen (?); heute

der Beschäftigung, Trost am Busen des Freundes*, weihelobe Momente der Begeisterung in der Kunst**) und Religion, und vor allem jauchzt auf in der Millionen umschlingenden, alle Menschen zu Brüder wandelnden, die ewige Natur durchwaltenden Freude.“

In dem Leben des Tages freilich wird der bessere Mensch viele Enttäuschungen erfahren und:

Gie geben, ach! nicht immer Gluth,

Der Wahrheit helle Strahlen,

Wohl denen, die des Wissens Gut

Nicht mit dem Herzen zählen!

Drum paart zu eurem schönsten Glück

Mit Schwärmers Ernst des Weltmanns Blick!***)

Und von Gott denkt Friedrich Schiller mit Emmanuel Kant:

Ein Gott ist, ein heiliger Wille lebt,

Wie auch der menschliche manke;

Hoch über der Zeit und dem Raume schwiebt

Lebendig der höchste Gedanke,

Und ob alles im ewigen Wechsel kreist,

Es beharrt im Wechsel ein ruhiger Geist.

Anders Arthur Schopenhauer. Alles ist eitel — darum läuft uns die Welt fliehen; nur die Ideen haben Bestand — darum läuft uns ihrem ewigen Anschauen leben; ein Wille lebt allerdings durch die Welt — aber kein heiliger Wille, sondern ein böser Wille, böse, weil es der Wille zum Leben ist, der sichbar wird in allen Formen des Geins von dem fühllohen Stein an, der nur der Schwere folgt, bis zur Titanenhöhe des Genies, welches der Dämon treibt. Alles, was ist, verdankt Form, Gestaltung, Art der Wirksamkeit dem Willen zum Leben. Es lebt eine kurze Weile, um zu vergehen und einem anderen Platz zu machen — ein zweckloses Spiel. Die Zwecklosigkeit sieht der Mensch ein, der mit einer Lüterne, Kerze genannt, hineinleuchtet und bei dem

nimmt das Hofblatt „Fanfulla“ von diesem Ge- rücht unter Reserve Notiz und fügt hinzu, in diesem Falle würde König Humbert voraussichtlich dem hohen Gäste entgegenreisen.“

* Berlin, 21. Februar. Die „Nord. Allg. Tg.“ schreibt officiös in Sperrdruck zu einer Notiz des „Teiltorfer Kreisbl.“, welche dahin deutet werden könnte, als ob der Jäger Kaufmann für sein Verhalten bei der Grenzerziehung vom September v. J. durch Verleihung von Schülernabzeichen sich knüpft, genannt normirt, Bedingungen, welche ausschließlich in einer besonders erfolgreichen Erfüllung der Übungen im Scheibenwesen bestehen.

Ebenso hängt die Förderung zum Gefreiten lediglich von der Tüchtigkeit eines Mannes im Dienst, die Urlaubsbewilligung von seiner guten Führung, beide mithin von Factoren ab, welche ohne irgend einen Zusammenhang mit dem Waffengebrauch in einer Grenzaffäre stehen. Im vorliegenden Fall kann ein solcher Zusammenhang um so weniger vorausgesetzt werden, als bei demselben leider, wenn auch ohne Verhülfen des Thäters, ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist.“

* Berlin, 20. Febr. Bei der Berathung der Anträge betreffend die Verlängerung der Legislaturperioden im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhaus hat die Cartellmehrheit Anträge der Freisinnigen, welche auf die gleichzeitige Einführung von Diäten im Reichstage und auf die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zielten, als geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig abgelehnt, weil dieselben mit der Frage der Verlängerung der Legislaturperioden in keinem wesentlichen Zusammenhange ständen. Ganz derselben Argumente hat sich die conservativer clericale Majorität in der Schulostencommission beibehalten (vergl. den unten folgenden näheren Bericht), um einen nationalliberalen Antrag zu bestreiten, der im Rahmen dieses Gesetzes die Volkschulehrer von den Wittwen- und Waisenpensionsbeiträgen befreien sollte. Die Vorlage will die Schulunterhaltungspflicht erleichtern, während der nationalliberalen Antrag eine Entlastung der Lehrer bezieht. Dieser Antrag ist, nebenbei bemerkt, identisch mit dem von den Freisinnigen im Abgeordnetenhaus eingereichten Gesetzentwurf. Ob dieser eine Majorität findet, bleibt abzuwarten. Hoffentlich geschieht es. Manche halten dafür, daß es doch vielleicht richtiger gewesen wäre, diesen Antrag in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betreffend den Nachlass der Pensionsbeiträge der unmittelbaren Staatsbeamten einzubringen; obgleich auch hier der formelle Einwand, daß eine Entlastung der unmittelbaren Staatsbeamten nicht in wesentlichem Zusammenhange mit der Entlastung der Volkschulehrer stehe, zulässig sein würde. Immerhin ist beiden Anträgen der Grundgedanke, die Versorgung von Wittwen und Waisen von Beamten auf Staatskosten, gemeinsam. Der entscheidende Grund gegen die Gleichstellung der Lehrer mit den Beamten in einem und demselben Gesetze ist wohl der, daß man fürchtet, die Regierung werde eine solche Erweiterung ihres Vorschlags ablehnen und eventuell lieber auch auf die Erleichterung der unmittelbaren Staats-Beamten verzichten. Auch hier kommt wieder der Nebelstand zum Vorschein, daß es sich um die Verwendung von vorhandenen Steuerüberschüssen handelt.

L. [Das Herrenhaus] wird die nächste Plenarsitzung am 7. März abhalten. Im Abgeordnetenhaus findet die endgültige Berathung des Antrages betreffend die Verlängerung der Legis-

Lichtshimmer die Leerheit des Spiels erkennt. Da befindet sich der denkende Mensch, zieht sich vom Spiel des Lebens zurück und wartet in Ruhe sein Ende ab!

Fürchterlicher Gedanke, wenn Arthur Schopenhauer Recht hätte — unsere Vernunft, unser Gemüth protestiren schreiend dagegen, und er hat in der That nicht Recht. Aber warum der ewige Gedanke ihn zu so schrecklichen Folgerungen führen mußte, das wird der verstehen, welcher in unserem Sinne den Charakter des Philosophen aufstellt.) Wahr aber bleibt die Entdeckung, daß das, was der Philosoph Wille nennt, und wovon unser menschliche Wille ein uns zum deutlichen Bewußtsein gelangender Theil ist, allerdings zwar nicht „das Ding an sich“, aber der Bildner der körperlichen Erscheinungen des Lebens ist. „Es ist der Geist, der sich den Körper baut“, sagt auch Schillers Wallenstein. Nur macht sich heutzutage freilich die umgekehrte Lehre sehr breit: Von Körpern störm's, die Körper macht es schön

Und mit den Körpern wird's zu Grunde gehn.

In milderer Form lehrt die physiologische Psychologie: Kein körperlicher Vorgang ohne einen entsprechenden geistigen, kein geistiger ohne einen entsprechenden körperlichen. Geht richtig, aber man sollte dann auch allseitig die Schlussfolgerung ziehen, welche die bedeutendsten Vertreter dieser Schule, Fechner und Lotze, wirklich gezogen haben: Wie man von der Wirklichkeit körperlicher Vorgänge auf Veränderungen des Geistes schließt, so sollte man (als einen freilich nicht so evident festzustellenden, darum aber doch fest zu glaubenden Gedanken) auch die Möglichkeit einer Wirklichkeit des Geistes auf die Welt der Körper zulassen. Nur durch diese Ergänzung entgeht die sogenannte „wissenschaftliche Philo-

*) Die Ideale, letzte Strophe.

**) Vergl. Die Künftler.

***) Licht und Wärme, letzte Strophe.

*) Vergl. a. Paullsen: Arthur Schopenhauer. Deutsche Rundschau, Oktober-Hef. 1882 — das Beste, was in Revuen über den Philosophen geschrieben worden ist.

laturperiode am 6. März statt. Die Dauer der Landtagsession über Ostern hinaus wird wesentlich davon abhängen, ob die Beschlüsse der Commission für das Schullastengesetz betreffend die theilweise Forterhebung des Schulgeldes als eine Abänderung der Verfassung bez. derjenigen Bestimmungen, wonach der Unterricht in der Volkschule unentgeltlich sein soll, zu erachten ist. Wird diese Frage bejaht, so erscheint eine formelle Abänderung der Verfassung unvermeidlich.

* [Eisenbahntarifcommission.] Am 16. Februar hielt die Eisenbahntarifcommission in Gemeinschaft mit dem Ausschuss der Verkehrsinteressen in Berlin unter Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsrath Wittich ihre erste diesjährige Sitzung ab. Es wurden eine Anzahl Beschlüsse über die Tarifirung einzelner Waaren gefaßt.

* [Verlängerung der Legislatur-Perioden.] Über die Abänderung des Artikels 24 der Verfassung, welche der Reichstag durch die beantragte Einführung fünfjähriger Legislatur-Perioden beschlossen hat, wird der Bundesrat ohne eine vorhergehende Ausschusssitzung in nächster Plenarsitzung, also wahrscheinlich am künftigen Donnerstag, abstimmen. Die Annahme des Antrages ist natürlich zweifellos.

* [Nach den Ausführungsbestimmungen des neuen Wehrgesetzes] werden ungefähr 8—9000 bereits verabschiedete Landwehröffiziere des nunmehrigen ersten Aufgebots wieder angestellt und so lange in der Rangliste g. führt, bis sie das 39. Lebensjahr überschritten haben. Diese Offiziere sind ausschließlich für die Landwehrformationen bestimmt; für den Landsturm bleiben dann an Chargen die Jahrgänge der früheren Landwehröffiziere vom 40.—45. Lebensjahr übrig, zu denen noch diejenigen ehemaligen Linien-Offiziere hinzutreten, welche im Mobilmachungsfall bei der Landwehr keine Verwendung gefunden haben. Außerdem scheint auch beabsichtigt zu sein, in Bedarfssäle dem Landsturm Offiziere des aktiven Heeres zu überwiesen, um dieser Formation mögliche Kriegsbrauchbarkeit zu sichern.

* [Die deutsche Turnerschaft und das eiserne Kreuz.] Der Geschäftsführer der „deutschen Turnerschaft“, Dr. Goeh, hat dem Kriegsminister auf dessen Wunsch das Ergebnis der Erhebungen über die Zahl der in den Jahren 1870 und 1871 mit dem eisernen Kreuz ausgezeichneten Turner zugehen lassen. Es hat sich, wie uns mitgetheilt wird, folgendes für die deutsche Turnerschaft ehrenvolle Resultat herausgestellt: Während von allen überhaupt aktiv am Kampfe beteiligten Mannschaften etwa 3½ Prozent mit dem eisernen Kreuz decortirt wurden, erhielten diese Auszeichnung von allen Turnern, die dem Feinde gegenüberstanden, etwa 5½ Prozent.

* [Die „Action“ in der Bulgarenfrage.] Nach Wiener Nachrichten der „Kölner Zeit.“ beschränken sich die russischen Vorschläge im wesentlichen auf die Erwartung, daß die Mächte den Sultan gemeinschaftlich auffordern, als Oberlehensherr Bulgariens die Regierung des Prinzen Ferdinand als im Widerspruch mit dem Berliner Vertrag stehend zu erklären. Nach übereinstimmenden Berichten der Wiener „Pol. Corr.“ aus London und Rom wird solchem Vorschlage seitens Russlands erst entgegengesehen. Zwangsmäßig würden von Russland nicht vorgeschlagen. Wiener diplomatische Kreise halten eine Einigung über die russischen Vorschläge zwischen Österreich, England und Italien für wahrscheinlich.

* [Gold-Syndikat für Südwest-Afrika.] Man schreibt dem „D. Tgl.“ über eine Notiz über die am Mittwoch Abend erfolgte Gründung in Hereroland: „Wie man sich entzünden wird, waren in der letzten Sitzung der Colonialgesellschaft für Südwest-Afrika die vorgelegten Statuten eines solchen Syndikats nicht genehmigt worden, vielmehr sollten neue ausgearbeitet und vorgelegt werden. Das neue Syndikat scheint sich nun ohne Rücksicht auf diese Verhandlungen gebildet zu haben. Auffälligerweise fehlt unter den Gründern der Name des bekannten Hauptbeteiligten der Colonialgesellschaft des für diese Sache besonders interessirten Herrn v. Lillenthal-Elberfeld. Auch die Firma Mendelssohn, welche sich anfänglich befreit hatten, hat sich zurückgezogen. Offenbar liegen Meinungsverschiedenheiten vor, welche wohl in dem geringen Vertrauen der letztgenannten Herren auf die Aktionslust der das neue Syndikat bildenden Männer ihren Grund haben dürften. Wenn Unternehmer sich schon bereit halten, an die Ausbeutung der Goldfelder zu gehen, die nach dem sogenannten Goldgesetz möglichst freigegeben werden soll, so ist ein energisches Handeln erst recht dringend nötig. Die neue Gesellschaft will aber wieder eine Vermittlerrolle spielen,

sophie“, welche heute von unseren Kathedern herab gelehrt wird und deren Verdiente wir nicht leugnen wollen, dem Vorwurf des krassem Materialismus. Allerdings muß diese Philosophie sich auch nach einer anderen Seite mit Schopenhauer auseinandersetzen. Für Arthur Schopenhauer existiert nur das Individuum wahr und wirklich, Familie, Gesellschaft, Staat Menschheit sind ihm nur abgeleitete Begriffe — das Gegenteil lehrt Hegel: ihm ist der Staat, die Gesellschaft das Absolute, und da das Absolute auch das Vernünftige ist, so ist ihm zunächst der Staat, die Gesellschaft vernünftig und dann gar bald auch der Staat und die Gesellschaft. Gegenwärtig breitet Hegel auf der Höhe seiner Wirklichkeit die Hände über sein liebes Berlin, Preußen, seine Schulen und Universitäten: es ist alles gut, weil es ist, und es ist, weil es gut ist.

„Ich kenn‘ es wohl, so klingt das ganze Buch; Ich habe manche Zeit damit verloren, Denn ein vollkommner Widerspruch Bleibt gleich geheimnisvoll für Auge wie für Thoren.“

Und doch ist diese wichtige Frage noch zu lösen. Giebt es zwischen dem Schopenhauerschen Extrem, nur das Individuum ist (in der Welt der Erscheinungen) wirklich, — und dem Hegelschen, nur der Staat, die Gesellschaft ist wirklich, eine Vermittelung oder muß man sich auf den einen oder den anderen Standpunkt stellen? Es ist hier nicht der Ort, auf das Problem näher einzugehen; eine ernste Erfassung und Lösung derselben hat in der ihm eigenen strengen Art Wilhelm Wundt in seiner Ethik verfaßt, einem Werk, das die Beobachtung aller Gebildeten verdient, wenn sich auch der Leser nicht immer in Übereinstimmung mit dem Autor befinden wird.*)

Wie dem aber auch sei, Schopenhauer mag in diesem einen Punkte Recht oder Unrecht haben, zweifellos bleibt, daß seine Lehre vom Willen eine eminent praktische Bedeutung hat.

* Ethik. Eine Untersuchung der Thatsachen und Gesetze des sittlichen Lebens. Von Wilhelm Wundt. Stuttgart. Ferdinand Enke 1886.

nicht selbst an die Ausbeutung der Metallschätze gehen, und sie erscheint daher insoweit neben der Colonialgesellschaft zwecklos oder überflüssig. Jedenfalls ist es auch bedenklich, wenn eine Gesellschaft mit Namen wie v. Bleichröder an der Spitze das nötige Kapital erst noch in weiteren Kreisen aufbringen will. Hier kommt es doch darauf an, daß große Kapitalisten mit eigenem Gelde und eigener Unternehmungslust vorgehen.“

Ja freilich; mit schönen Reden, Toasten auf Festen und ein paar Thalern Beiträgen zu Colonialvereinen wird’s nichts!

* [Die Commission des Abgeordnetenhauses für das Schullastengesetz] hat heute in zweiter Berathung den § 5 der Beschlüsse erster Lesung — Erhebung von Schulgeld in Volkschulen — unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Darnach kann Schulgeld forterhoben werden 1) für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schulen nicht einheimisch sind, 2) bei einzelnen Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen nicht hinausgehen, wenn alle schulpflichtigen Kinder des Schulbezirks, für welche die Aufnahme in eine solche Schule nicht nachge sucht wird, in einer schulgeldfreien Schule des Bezirks Aufnahme finden. Der Antrag Weber, die Erhebung des Schulgeldes nur in den sog. „gehobenen Schulen“ zuzulassen, wurde wiederum abgelehnt. Zu dem 2. Alinea des § 5 beantragt Abg. Wessel, daß für die einzelnen Schulen, in denen Schulgeld forterhoben wird, nicht nur die Zahlung des Staatsbeitrages, sondern auch der nach § 26 des Lehrerpensionsgesetzes vom 6. Juli 1885 zu zahlende Pensionszuschuß in Wegfall kommen soll. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und das Alinea 2 in folgender Fassung gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Der Staatsbeitrag wird für Lehrerstellen an solchen Schulen nicht gezahlt, im übrigen gelten dieselben als Volkschulen im gesetzlichen Sinne.

§ 5 al. 3 lautet nach der Formulirung der Subcommission:

„Außerdem kann bei Volksschulen, bei denen der durch Aufhebung des Schulgeldes entstehende Ausfall durch den Staatsbeitrag oder weitere dafür zu gewährnde Staatsbeiträge nicht gedeckt ist, die einstweilige Erhebung des Schulgeldes mit Genehmigung bei Landsschulen des Kreisausschusses, bei Stadtschulen des Bezirkausschusses stattfinden, wenn anderthalb eine erhebliche Vermehrung der communalen oder Schulabgaben eintreten müßte. Der Gesamtbetrag des hierauf fortuerhobenden Schulgeldes darf jedoch die an der Deckung fehlende Summe nicht übersteigen. Von 5 zu 5 Jahren ist zur Weitererhebung eine erneute Genehmigung erforderlich.“

Der Antrag v. Sedlik, den letzten Satz: „Von 5 zu 5 Jahren u. s. w.“ zu streichen und oben nach „Außerdem kann“ die Worte „für höchstens fünf Jahre“ einzuschlieben, wird abgelehnt und al. 3 gleichfalls gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Bekanntlich hatte Ministerialdirector de la Croix dieses Alinea als mit dem Grundgedanken des Gesetzes unvereinbar, d. h. als unannehmbar bezeichnet. Demnächst wird der ganze § 5 in der obigen Fassung mit 17 gegen 4 Stimmen angenommen. Gegen den § 5 stimmen die Freisinnigen und einige nationalliberale und freiconservative Mitglieder. Ferner lag der Commission ein von den nationalliberalen Abg. Dr. Weber-Halberstadt und Seyffardt-Magdeburg eingereichter, dem von den Freisinnigen beantragten Gesetzentwurf entspreender Antrag vor, folgende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen:

„Die Beiträge und Antrittsgelder, welche gemäß § 3 des Gesetzes über die Erweiterung, Verwandlung und Neuerrichtung von Witwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. Dezbr. 1869 (G.-G. 1870 G. 1) von Lehrern an öffentlichen Volksschulen zu leisten sind, werden am 1. April 1889 auf die Staatskasse übernommen.“

Der Antrag wurde als nicht in wesentlichen Beziehungen u. diesem Gesetz stehend abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte der zweite Antrag der beiden nationalliberalen Mitglieder, der also lautet:

„Der § 1 des Gesetzes vom 16. Mai 1885 (G.-G. 128) wird dahin abgeändert, daß vom 1. April 1889 ab der vom Anttheile Preußens am Ertrage der Getreide- und Viehhölde zu allgemeinen Staatszwecken zu verwendende Betrag, welcher von den Ueberweisungen an die Communalverbände abzu ziehen ist, von 15. Mill. Mk. auf 20 Mill. Mk. erhöht wird.“

Für diesen Antrag stimmten nur 6 freisinnige und nationalliberale Mitglieder.

† Kiel, 20. Februar. Bei der Eröffnung des Landtages bestätigte Oberpräsident Steinmann, daß bei Eintritt gunstiger Witterung die Arbeiten für den Nordostsee-Kanal mit voller Kraft in Angriff genommen würden. Die Barakkenbauten

Die Menschen an die Macht des Willens glauben lehren, heißt sie zur Befähigung des Ideals aufzurufen. Und das Ideal bleibt töndendes Erz und klingende Schelle, wenn es sich nicht zeigt in der unmittelbaren That. Würde dieser (übrigens auch schon von Schiller gedachte) Gedanke in unserer Erziehung durchgeführt, würde die Pädagogik sich stets bewußt bleiben, daß das A und O ihrer Aufgabe darin besteht, dem Willen die unablässige Richtung auf das Gute zu geben, so müßte ein Geschlecht von Männern und Frauen heranreifen, würdig des Namens deutscher Männer und Frauen, würdig seiner großen Lehrer und Leiter.

Wir sind am Ende unseres Weges. Wir haben versucht, ein schwaches Nachbild jener Geistessonne, die am Horizonte unserer Vaterstadt aus dem Dunkel des Unbewußten auftauchte, zu entwerfen. Dieses große Licht steht heute leuchtend am Himmel, seine Strahlen versendet es über die ganze Welt, möge es nicht die am wenigsten wärmenden und erquickenden in unsere thauere Stadt Danzig senden. Zum Andenken an den großen Todten wird heute ein Stein an dem Hause seiner Geburt der Welt verkünden, daß hier Arthur Schopenhauer das Licht der Welt erblickte. Dieser Stein ist ein schönes Zeichen, daß wir unserer großen Männer mit Freude und Stolz gedenken. Er bleibt aber Stein, wenn wir ihn nur als Erinnerungszeichen verstehen, nicht auch als ein Mahnzeichen, das uns zu rütt: Steht treu und fest, troh alles Schüttelns und Rüttelns, zu dem Ideal, nicht dem verschwommen geträumten, sondern dem klar erkannten. Goret dafür, daß in dem schönen Leibe, der dieser Stadt vor tausenden von anderen Städten gegeben worden ist, auch stets eine schöne, große, dem gemeinen Besten opferfreudig sich hingebende Seele wohne. Dann mährlich wird das Andenken Arthur Schopenhauers unter uns, seinen Landsleuten, geeignet sein und bleiben, wirh herrliche Früchte tragen bis in die spätesten Geschlechter.

A. R.

sind vergeben. Ferner teilte der Oberpräsident mit, daß die Staatsregierung zur Hebung der Hochseefischerei die Anlage eines Hafens bei Emmerloß an der schleswigischen Westküste beabsichtige und zugleich die Verbindung dieses Hafens mit einem Ostseehafen durch eine Bahnlinie projekte.

Posen, 20. Februar. Zu der Interpellation, welche der „Gonioc Wielk.“ an die polnische Landtagsfraction in Bezug darauf gerichtet hat, ob es wahr sei, daß einer der polnischen Abgeordneten dem Abg. v. Schorlemers-Alst die Informationen zu dessen Angriff gegen die Deputation, welche dem Erzbischof D. Dinder die Petition in Betreff der polnischen Sprache beim Religionsunterricht überreicht hat, gegeben, ein anderer polnischer Abgeordneter (v. Koscielski) dagegen dem Abg. v. Schorlemers-Alst für dessen Angriff gegen die Deputation gedankt habe, bemerkte der „Kroner Post.“:

„Das Auftreten der polnischen Abgeordneten im Landtag müßte zwar der Erörterung und Kritik seitens der öffentlichen Blätter unterliegen; jedoch sei es unnötig und oft sogar schädlich, über Privatsprüche und interne Angelegenheiten der Fraction Mitteilungen zu bringen. Das Vertrauen müßte die polnische Gesamtheit zu ihrer Vertretung haben, daß diese die einzelnen Mitglieder die Angelegenheiten der Nation nicht compromittieren lasse und daß, wenn ein polnischer Abgeordneter einen ungehörigen Schritt gethan hat, die Fraction selbst dies corrigiren könne und auch corrigire; die Beröffentlichung unwahrer oder unvollständiger Nachrichten in öffentlichen Blättern dagegen thue nicht nur nicht gut, sondern compromitt auch die Polen vor den Deutschen und erzeuge bei den Polen Gährung, Missverständnis und Unzufriedenheit.“

* Aus Sachsen, 19. Febr., wird der „Boss. 3.“ geschrieben: Zu denjenigen nationalliberalen Abgeordneten, welche für die Verlängerung der Legislaturperiode gestimmt haben, gehört auch der Abgeordnete des 2. sächsischen Wahlkreises, der Fabrikbesitzer Hoffmann in Neugersdorf, welcher vor Jahresfrist öffentlich in den Zeitungen erklärt, daß er gegen jede Abänderung des Wahlgesetzes stimmen werde. Wie die „All. Morgenzeit.“ berichtet, soll Herr Hoffmann damals sogar erklärt haben, daß er gegen jede Beschränkung des Wahlrechtes eintrete. Zur Entschuldigung des Herrn Hoffmann erklärt nunmehr die „Oberlaus. Dorfzeit.“, daß es sich im vorliegenden Falle um keine Änderung des Wahlgesetzes, sondern um eine Verfassungsänderung gehandelt habe; nach dieser Richtung hin aber liege ein Verpreß des Gewählten nicht vor.

Straßburg, 20. Febr. Cabannes, der seine Strafe im Jochthaus zu Halle verbüßt, soll hierher gebracht werden, um den des Landessvertrags angeklagten Streisgut und Dicht gegenübergestellt zu werden. (B. Tgl.)

England.

London, 20. Febr. [Unterhaus.] Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Fergusson, erklärte auf eine Anfrage, die neuen Hebriden seien bis jetzt noch nicht geräumt; Frankreich habe sich zur Räumung derselben innerhalb vier Monaten vom 16. November 1887 ab verpflichtet. Das Gerücht, England sei im Begriff oder habe die Absicht, gegen Venezuela militärisch vorzugehen, sei total unwahr. Die englische Regierung sei im Prinzip nicht dagegen, die Streitfrage mit Venezuela einem Schiedsgericht zu unterbreiten, halte aber die von Venezuela für einen Schiedsgericht vorgeschlagenen Grundlagen für unannehmbar. Bei der darauf fortgesetzten Adressbeichte kündigte der Kanzler des Herzogthums Lancaster, Lord Manners, an, die Regierung werde eine Vorlage befußt Errichtung eines Ackerbau-Departements einbringen. (W. T.)

Wie die Franzosen über einen Doppelkrieg denken.

Im „Avenir militaire“ befindet sich ein Aufsatz, in welchem der Doppel-Krieg gegen Deutschland und Italien von einer Feder behandelt wird, die offenbar nicht uneingeschränkt ist. Durch diesen Aufsatz zieht sich ein Zug der Furcht vor der deutschen und fast verächtlicher Unterschätzung der italienischen Armee hindurch. Der Inhalt ist kurz gesetzt etwa folgender:

Man scheint, dank der französischen Fortsbauten an der italienischen Grenze, die Absicht zu haben, gegen Italien die r.ine Defensive zu behaupten, während man gegen Deutschland offensiv vorgehen wolle. Verfasser meint, dies wäre falsch, selbst wenn Deutschland zuerst und Italien später angegriffen sollte. Räume aber Italien als Vorhut in den Kampf, so sollte sich Frankreich doch nicht verleiten lassen, zuviel Truppen gegen dessen Armee ins Feld zu schicken, sondern nur das 19. Corps und eilig zusammengesetzte Reserven, mit denen man die Truppenmasse auf 200 000 Mann bringen könnte; alles Übrige müßte gegen Deutschland aufmarschieren, welches doch früher oder später in den Kampf eingreifen würde. Diese 200 000 Mann können Frankreich eher zusammenbringen, als die in keiner Weise kriegsbereite italienische Armee mobil sei; es sei daher anzurathen, mit dieser Masse sofort die Offensive zu ergreifen und sie, wenn die Flotte bereit ist, auf Genua, wenn solches nicht der Fall ist, auf Turin zu dirigieren. In ersterem Falle müßten Scheinlandungen in Toscana gemacht, in letzterem von dem großen befestigten Lager bei Briancon aus vorgegangen werden.

Die Hauptfahrt bleibe ein massenhafter Vorstoß und keine vereinzelten Erfolge. Eine Vertheidigung der italienischen Grenze würde die französische Garnarmee auf viele Punkte zerstreuen, wobei man dem Gegner die freie Wahl der Zeit und des Raumes überlässe; diese Defensive würde also ebenso viel Mannschaften erheischen, als eine kriegerische Offensive, aber geringere Resultate erzielen. Sollte aber wider Erwarten Deutschland zuerst angreifen, so liege es auf der Hand, daß man hier zuerst den Sieg zu erledigen suche, und zwar mit Einführung der ganzen Armee. Bei der Langsamkeit der italienischen Kriegsbereitschaft hätte man immer noch Zeit, die Territorial-Regimenter einzuberufen; aber auch diese sollten nicht Gewehr beim Fuß in den leicht zu umgehenden Grenzbefestigungen stehen bleiben, sondern in den engen Defileeën der Alpen den Italienern offenstehen, um gegen sie vorgegangen werden.

Die Italiener werden sicherlich nicht versuchen, die Lehren, welche ihnen von Frankreich aus, ihre vielleicht nicht genügend vorbereitete Kriegsbereitschaft betreffend, gegeben werden, einer genaueren Beachtung zu unterziehen.

Von der Marine.

V Kiel, 19. Febr. Befußt rechtzeitiger Fertigstellung derjenigen Kriegsschiffe, welche im Frühjahr in Dienst kommen, sind in letzter Zeit auf der Kai. Werft zu Kiel neue Arbeitskräfte eingestellt. Es befinden sich zur Zeit sieben große Schiffe und eine Anzahl Torpedoboote auf der

Werft, die mehr oder minder bedeutenden Reparaturen unterzogen werden. Eine besonders eingehende Reparatur sind unterzogen: die Panzerschiffe „Kaiser“ und „Oldenburg“, der Aviso „Blitz“ und die Fregatte „Niobe“, sowie eine Anzahl der Torpedoboote. Die Beendigung der Arbeiten dürfte zum April resp. Mai erfolgen. „Kaiser“ wird an Stelle der „Hansa“ die Funktion eines Wachschiffes der Ostsee-Station übernehmen. „Oldenburg“ wird dem Übungsgeschwader einverlebt werden. „Blitz“ als Flaggschiff der Torpedoboottrecks dienen und „Niobe“ als Seekadetten-Schulschiff in Dienst kommen. Aviso „Greif“ kommt zu Übungszwecken, Briggs „Rover“ und „Moskito“ kommen als Schiffsjungen-Schiffe in Dienst.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Bom Kronprinzen.

Berlin, 21. Februar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Bulletin: San Remo, 21. Februar, Vormittags 10 Uhr 30 Min. Das Besinden des Kronprinzen am gestrigen Tage war viel besser, sowohl bezüglich des Hustens und des Auswurfs, als auch des Appetits. Auch Nachts waren weniger Hustenanfälle. Der Kronprinz verbrachte in der letzten Woche den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes.

Aus San Remo von heute Vormittag meldet „W. T. B.“: Der Kronprinz hatte eine bessere Nacht, Husten und Auswurf haben wesentlich nachgelassen. Der Kronprinz wurde vielfach am Fenster gesehen.

Dem „B. T.“ wird aus San Remo von Montag, d. 20. d. 11 Uhr 45 Min. Nachts, gemeldet: Nach der heute Nachmittag vorgenommenen Besichtigung des Rehkopfes traten alle Aerzte zu einer Berathung zusammen, in welcher ein vollständiges Einvernehmen über die weitere Behandlung des Krankheitsfallen erzielt wurde. Nach der schlecht verbrachten Nacht vom Sonntag auf Montag hatte der Kronprinz einen verhältnismäßig befriedigenden Tag; von Fieber war keine Spur vorhanden. Der Auswurf war geringer geworden, auch der Husten ließ nach. Gegen Abend insbesondere fühlte sich der Kronprinz wohler als während der letzten Tage. Mackenzie sprach sich mir gegenüber soeben günstiger aus; er hegt heute wieder die Hoffnung, daß der hohe Patient während der nächsten Tage eine Erleichterung fühlen werde. Natürlich wird der Kronprinz aufs äußerste geschont. So kam es, daß der Prinz von Wales, welcher heute hier ankam und sich alsbald in die Villa Zirio begab, den Patienten nicht sprechen durfte. Er wird den Kronprinzen wahrscheinlich morgen sehen und dann wieder abreisen.

Forderungen für Wurzen, Brandenburg und Spremberg gestrichen. — Auf Anregung des Abg. Schulz-Lüpitz sagt Staatssekretär v. Stephan, bei 80 Pfennig ländlichem Botenlohn für Telegramme könne die Postverwaltung gut auskommen. Jetzt sind wir zur Überzeugung gelangt, daß auch 60 Pf. ausreichen. Diesen Botenlohn nun für den Absender obligatorisch zu machen, halte ich für ungerecht, da in vielen Fällen gerade im Interesse des Empfängers das Telegramm abgesandt wird. Es scheint überhaupt im Publikum wenig bekannt zu sein, daß 80 Pfennig immer für Botenlohn eingerechnet sind. Es scheint auch wenig bekannt zu sein, daß jeder Reisende in jedem den Zug begleitenden Postwagen ein Telegramm aufgeben kann, denn es wird diese Gelegenheit nur in etwa 10000 Fällen einmal benutzt. Was die Packetbeförderung betrifft, so hat der Herr Vorredner gemeint, daß die Gebühr von 30 Pfennig zu hoch sei. 30 Pfennig sind aber nur für Pakete über 10 Pfund zu entrichten und kommen den Landbrieträgern zu gute. Ob diese Gebühr von 30 Pfennig herunterzusetzen ist, das ist eine Massenfrage; wenn der Verkehr größer wird, wird es vielleicht auch möglich sein, eine geringere Gebühr zu erheben. — Abg. Woermann (n.l.) begrüßt die Verbesserung der Postverbindung mit England, wünscht aber, daß sie über Dover und Calais dirigirt werde. — Staatssekretär v. Stephan erklärt dagegen, daß doch eine Verzögerung eintreten könnte durch die große Zahl von Schiffen, die sich zu Zeiten im Canal ansammelten; außerdem sei auch die Schiffahrt im Canal unter Umständen eine sehr gefährliche. Vor allen Dingen aber würden wir uns dann gewissermaßen von der französischen Verwaltung abhängig machen. — Auf eine Anfrage Brömels beim Stat der indirekten Steuern antwortet Director Aschenborn u. a.: Wegen des Petroleumfaktoles werde der Bundesrat dem Reichstag demnächst eine ablehnende Antwort ertheilen. Es komme darauf an, den deutschen Markt von dem Einfluß des amerikanischen Petroleumhandels zu befreien. — Eine längere Debatte entsteht darüber, an der sich u. a. Minister v. Bötticher und die Abg. Rickert und v. Bennigsen beteiligen. — Morgen: Antrag auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter und andere juristische Anträge.

Berlin, 21. Febr. Die „Nordd. Allg. Stg.“ sagt in einer Tagesrundschau, jedenfalls dürfe heute als feststehend gelten, daß die Verhandlungen der Cabinetts im Flus kommen, mithin alle Befürchtungen hinfällig machen, welche aus der seitlichen Unmöglichkeit der Situation ihren Ursprung ableiteten.

Posen, 21. Febr. Der Saatenmarkt ist weniger stark als im Vorjahr besucht; das Angebot namentlich seitens der Händler ist stark. Für den Provinzialgebrauch wird zwar manches gekauft, das Geschäft ist aber sehr schleppend. Guter Rothklee gesucht; Weizklee außerordentlich vernachlässigt. Bezahlt wurde Rothklee, ordinärer 30, mittel 35, feiner 40, hochfeiner 42 Mark. Weizklee ordinärer 20, mittel 25, fein 32, hochfein 40; Thimothee 28—35; Wundklee 35—45 Mk. Saathäfer, Saatgerste und Saaterbse sind vernachlässigt; letztere 160 Mk. bezahlt. Geradella 3½ bis 5 Mk. Schlaf sehr ruhig.

Stuttgart, 21. Febr. Die Großherzogin von Baden reist morgen aus Cannes ab und begiebt sich nach nochmaligem kurzen Aufenthalt in San Remo direct nach Freiburg zu dem erkrankten Prinzen Ludwig. Bei diesem ist das Fieber unverändert; die entzündliche Verdichtung beschränkt sich auf den unteren Lappen der rechten Lunge. Die Verdichtung ist seit gestern nicht ausgedehnt und zeigt an einer Stelle Symptome einer beginnenden Lösung.

München, 21. Febr. Der Finanz-Ausschuss hat die Matrikularquote Baierns auf 30700000 Mk. festgestellt. Der Finanzminister hat dem Anschlage des Referats zugestimmt, nach welchem der Zinsbeitrag der Reichsschulden auf 40 Millionen, der Anteil Baierns für das Reichsmilitär um 6½ Millionen anwachsen; er hat jedoch die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verbrauchsabgabe für den Rübenzucker sich steigern werde.

Paris, 21. Febr. Die Zeitungen befürchten, gelegentlich der Berathung des geheimen Fonds, wahrscheinlich am Donnerstag werde eine Ministerkrisis eintreten, wenn das Cabinet die Vertrauensfrage stelle. Die Radicalen und Socialisten in Saint Etienne haben beschlossen, Boulangers Kandidatur für die Deputirtenkammer aufzustellen, obgleich derselbe nicht wählbar ist.

Paris, 21. Febr. Der Ministerrat hat beschlossen, die Reducirung des vom Minister des Innern verlangten Credits von 1600000 Frs. seitens der Kammer nicht zuzulassen. — In der heutigen Verhandlung des Prozesses Wilson konstatierte der Staatsanwalt die thatsächliche Räuslichkeit Wilsons. Die handlungswise erscheine um so unmoralischer, als er Politiker sei und seine verwerfliche Thätigkeit im Einse betrieb.

London, 21. Febr. (Offiziell) Worms ist zum Unterstaatssekretär der Colonien, Lord Onslow, Sekretär des Handelsamts, zum Mitglied des Oberhauses ernannt. — „Times“ und „Standard“ widmen dem deutschen Kronprinzen theilnahmsvolle Artikel. „Standard“ sagt: Die Bulletins aus San Remo werden in London fast mit der gleichen Spannung wie in Berlin gelesen. England beantwortet jeden Wechsel in den Hoffnungen und Befürchtungen des deutschen Volkes mit den Gefühlen der Sympathie und der Bekümmerung.

Danzig, 22. Februar.

* [Gesetzverordnetenfeststellung am 21. Februar.] Vorsitzender Hr. Damme; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Bürgermeister Hagemann, Stadträthe Strauß, Dr. Samter, Hinze, Kosmach.
Die Verhandlungen beginnen heute — wegen einiger für die nachfolgende Staatsberatung wesentlicher Gehaltsverhöhung-Angelegenheiten — in nichtöffentlicher Sitzung. In derselben wird dem noch immer an den Folgen des Unglücksfallen vom 3. August v. J. (Herabfallen eines Gesimsstückes vom Rathausdach) schwer leidenden Magistratsboten Henkel eine fernere Unterstützung von 250 Mk., einem Lehrer eine Unterstützung von 90 Mk., der dienstfähig gewordenen Rüben-aufseherin Seitz im Lazareth und dem ebenfalls nicht pensionsberechtigten, aber nach langer Wirksamkeit dienstfähig gewordenen Laternenanwärter Timmier eine Unterstützung von je 20 Mk. pro Monat bewilligt, das Gehalt des seit 17 Jahren im Dienste der Stadt befindlichen Baumeisters Otto, zugleich in Anerkennung seiner umsichtigen und sparsamen Leitung des Lazarethbaues von 4500 auf 5500 Mk. erhöht, vier Beamten des städtischen Leibamts mit Rücksicht auf die Länge ihrer Dienstzeit Gehaltsverhöhung von resp. 100, 150 und 200 Mk. bewilligt.

In die öffentliche Sitzung eintretend, nimmt die Versammlung zunächst Kenntnis von den Terminen der diesjährigen Osterprüfungen in den städtischen Schulen und deputiert nach dem Vorschlag des Vorsitzenden zu jeder derselben einige Stadtverordnete. Sie gibt dann den Zusatz zu folgenden Verpachtungen: 1) einer dem Stadt Lazareth gehörigen Landfläche zu Ohra-Niedersfeld auf 12 Jahre an den Eigentümer Anoop für jährlich 145 Mk. (bisherige Pacht 94,50 Mk.); 2) einer ebenfalls dem Lazareth gehörigen Landfläche in Schilditz an den Eigentümer Puschel ebenfalls auf 12 Jahre für jährlich 14 Mk. (bisher 6 Mk.); 3) eines kleinen unbebauten Plazes in Neufahrwasser auf 3 Jahre an den Eigentümer Borchert, dasselb für jährlich 6 Mk.; 4) einer Dünenparzelle bei Böglers auf 3 Jahre an den Eigentümer Löwener für 6 Mk. jährlich. Ferner erhält sie ihre Zustimmung, daß die Benutzung des Radaubassins bei Brabank zur Holzlagerung, welche der verstorbene Zimmermeister Krüger bisher gepachtet hatte, für denjenigen Preis von jährlich 150 Mk. auf 3 Jahre an den Maurermeister J. R. Krüger verpachtet werde.

Die Versammlung erklärt sich demnächst damit einverstanden, daß die 24 städtischen Steuer-Gesammler und Vollziehungsbeamten, welche bisher nur auf Ründigung angestellt waren, in Gemäßigkeit einer prinzipiellen Entscheidung des Ober-Berwaltungsgerichts, welches die Bestimmungen der Städteordnung über Anstellung der nicht zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Beamten auch auf diese zutreffend erklärt hat, lebenslänglich angestellt werden und daß das im Falle der Pensionierung, sowie für die Wittwen- und Weissen-Berficherung zu berechnende durchschnittliche Dienstinkommen derselben auf 1500 Mk. festgestellt, ferner die Rentenberechnung für die Steuer-Gesammler etwas modifiziert werde. — Die Pensionierung des städtischen Bureau-Assistenten Böckmann mit 620 Mk. Ruhegehalt, die Vergabe der städtischen Buchdruckarbeiten incl. des Papiers auf 6 Jahre an den Mindestfordernden, Buchdruckereibesitzer Schroth, sowie die unentgeltliche Hergabe von Utensilien und Arbeitskräften des städtischen Arbeits-Hauses innerhalb des nötigen Bedarfs an die hiesige Suppenanstalt, ferner die weitere Zahlung eines Pauschquantums von jährlich 750 Mk. an den Criminalpolizei-Inspector Richard als Erfolg für Transport- und Fuhrkosten im criminalpolizeilichen Ermittelungsfachen werden ohne Debatte genehmigt.

Der in Langfuhr über das Kunstmärtner Raabesché Grundstück nach Heiligenbrunn führende Fußweg ist als unzweckmäßig in Folge der Festschaltung des früheren Bebauungsplanes eingezogen worden. Das Terrain dieses Fußsteges (7 Ar) wünscht Hr. Raabe mit seinem Privatbesitz zu vereinigen, wogegen er der Stadt einen 15 Ar großen Terrainstreifen abtreten will, auf dem ein neuer Weg nach Heiligenbrunn angelegt werden soll. Der Referent Hr. v. Röhrnschmidt befürwortet diesen Austausch als sehr zweckmäßig aufs lebhafteste und die Versammlung gibt dazu gernihre Genehmigung.

Dem Director des Danziger Stadttheaters Hr. Rose wird die bisherige Subvention für sein Kunstinstitut in Form Erlasses des Gaspreises bis zu einer Maximöhöhe von 7000 Mk. auch für die Saison 1887/88 ohne Debatte bewilligt.

Demnächst steht die Versammlung die schon vorher in einer Zwischenpausen begonnene Berathung von Special-Erlas pro 1888/89 fort, deren heute folgende in erster Lesung festgestellt werden:

1) Etat der Etat (Referent Hr. Mag. Steffens). Der Etat enthält in Einnahme 35000 Mk. Zinsen für gebogene Darlehen und 2665 Mk. andere Einnahmen; in Ausgabe schließt er ab mit 29475 Mk., so daß ein für Zwecke der Armenpflege zu verwendender Überfluss von 8180 Mk. (1045 Mk. weniger als im Vorjahr) verbleibt. Unverändert angenommen.

2) Etat der Armen-Anstalt Pelonken (Referent Hr. Röhrnschmidt). Auch dieser gegen das Vorjahr wenig veränderte Etat wird nach dem Entwurf festgesetzt. Er schließt ab in Ausgabe mit 63900 Mk., in Einnahme mit 20400 Mk., so daß ein Communalsatz von 43500 Mk. erforderlich ist.

3) In gleicher Weise erledigt wird der ebenfalls dem Vorjahr entsprechende Etat des Kinder- und Waisenhaus zu Pelonken (Ref. Hr. Adolph), incl. eines Communalsatzes von 14763 Mk. in Einnahme und Ausgabe ab 36930 Mk. abschließend.

4) Etat der Feuerwehr (Ref. Hr. Behlow). Einnahme 622 Mk., Ausgabe 67509 Mk., davon Gehälter 51402 Mk. Bekleidung 4564 Mk., Geräthe und deren Unterhaltung 7690 Mk. Unverändert angenommen.

5) Etat der Wachtmannschaft (Ref. wie vor). Einnahme 16 Mk., Ausgabe 65444 Mk., davon für Gehälter 57084 Mk., Bekleidung 7610 Mk. Unverändert angenommen.

6) Etat der Strafenreinigung (Ref. wie vor). Einnahme 17393 Mk., davon 13390 Mk. für Bau- und Leitensführern und anderweitig gestellte Gepanee; Ausgabe 77593 Mk., davon Gehälter 5448 Mk., Arbeitslöhne 34560 Mk., Bekleidung 3905 Mk., Pferde 22050 Mk., Geräthe 8600. Auch hier erfolgt unveränderte Annahme.

7) Desgl. des Servis-Erlas (Ref. Hr. Dr. Brandt), abschließend in Einnahme auf 12524, in Ausgabe auf 18702 Mk., also 6178 Mk. Zuschuß erfordernd, gegen 5615 Mk. im Vorjahr.

8) Verzinsung und Schuldenverhöhung (Ref. Hr. Simson). Der Etat enthält selbstverständlich nur Ausgaben, und zwar: 1) zur Verzinsung und Tilgung der Schulden von 1850 288 Mk., 2) desgleichen der 1873er Anleihe 330795 Mk., 3) desgleichen der 1882er Anleihe 123705 Mk., 4) Zinsen für Hypothekenkapitalien 5925 Mk., zusammen 481263 Mk. Der übrigens auf bestehenden Verpflichtungen beruhende Voranschlag passt gleichfalls ohne Debatte die erste Lesung.

* [Erwerbung des Stockthurms.] Wie bei Gelegenheit des Jahresberichts über die Geschäfte der Stadtverordneten-Versammlung Herr Oberbürgermeister v. Winter dieser Anfang Januar mitteilte, war damals die Abtreitung des Stockthurms und der Peinkammer von Seiten des Militärfiscus an die Stadtgemeinde wieder etwas zweifelhaft geworden, weil der Militärfiscus noch eine Bedingung gestellt hatte, welche dem Magistrat nicht annehmbar erschien. Wie wir hören, ist nun auch diese Schwierigkeit durch das Entgekommen der Militärbehörde gehoben und so wird denn das allerdings etwas bausfällige, aber architektonisch wertvolle und bedeutsame Baudenkmal für den schon im Sommer vereinbarten Kaufpreis von 2200 Mk. in den Besitz der Stadtgemeinde übergehen.

ph. Dirschau, 21. Febr. Auf Anordnung der königl. Regierung wird am 1. April eine Kreiskasse hier errichtet werden, so daß also diejenigen Kreis-Inassen, welche Einkommensteuer zahlen, diese von da ab hier zu entrichten haben. — Der 8.36 Morgen hier fällige Personenzug verspätete heute ca. 2 Stunden, weil bei der Station Linde die Strecke durch Schneeverwehungen unpassierbar geworden war.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 20. Febr. Im k. Opernhaus wird die mit Hrn. Anton Schott in der Titelrolle beabsichtigte Aufführung von Wagners „Rienzi“ nicht stattfinden, da einige Rollen ganz neu belegt werden müssen und von denselben, denen dieselben zuvertheilt werden sollten, wegen der Kürze der Zeit nicht mehr eingeübt werden können; der Künstler wird nur noch als „Troubadour“ und „Lohengrin“ aufreten. Die Nachricht einiger Blätter, daß das Gastspiel des Hrn. Schott mit der späteren Verpflichtung des Gängers für die Berliner Hofoper in Verbindung stehe, ist eine irrite. Hr. Schott wird sich keiner Bühne fest verpflichten, sondern auch in Zukunft nur als Gastänger thätig sein; möglicher Weise verlegt er in der nächsten Spielzeit den Schauplatz seiner künstlerischen Thätigkeit wieder nach Amerika.

* [Ermächtigung der Verbrennungstage.] Der Bank-Director Dr. Jerusalem traurigen Andenkens nimmt nach seinem Tode flüchtig das Interesse der Börse durch folgenden Scherz in Anspruch, welcher in Börsenkreisen colportirt wird. Dr. Jerusalem hatte, so erzählt man, in seinem Testamente in einer Bitte an seine Freunde den Wunsch ausgesprochen, in Gotha verbrannt zu werden. Aus seinem Nachlaß waren aber die Kosten hierfür nicht zu bestreiten, und einige Freunde aus guten Zeiten sammelten für diesen Zweck. Es kamen auch einige hundert Mark zusammen, ungefähr die Hälfte des üblichen Verbrennungspreises. Zu mehr reichte es nicht. Man wandte sich dann an die Verwaltung des Verbrennungsofens in Gotha mit der Anfrage, ob sie es nicht für die Hälfte machen könne. Und diese ging denn auch ausnahmsweise auf dieses Ereignis ein, weil wie sie diesen Ausnahmefall begründete, „der Verstorbene schon einmal durchgebrannt sei.“

* [Ein Gespräch]. weicht eine Fläche von einem Acker Land bedeckt und einen Hauptthurm in der Höhe von 120 Fuß hat, ist im Central-Park in St. Paul, Minn., mit einem Kostenaufwand von 50000 Doll. errichtet worden. Zu dem Bau dieses riesigen Palastes sind 55000 Eiablässe im Gesamt-Gewicht von 1600000 Pfund verwendet worden. Abends bei elektrischer Beleuchtung soll das Bauwerk einen unbeschreiblich großartigen Eindruck machen.

Hamburg, 18. Februar. Der Amerikaner Flynn, welcher der Reichsbank 200000 Mk. raubte, ist zu acht Jahren Zuchthaus und Chorflust für die gleiche Zeit verurtheilt.

* Aus Triest vom 17. Februar wird gemeldet: Schliemann und Birchow sind heute mit dem Lloyd-dampfer nach Aegean abgereist.

Petersburg, 20. Febr. Ende voriger Woche fand, wie dem „R. L.“ gemeldet wird, bei Viborg (Finnland) ein Pferdeklandal zwischen einem Sohne einer der vornehmsten russischen Familien und einem jüngeren Mitgliede der hiesigen österreichischen Botschaft statt. Ursache war angeblich ein Wortwechsel im Club in rein privater Sache. Beide Gegner fehlten.

Schiffs-Nachrichten.

Wien, 18. Febr. Der Kieler Dampfer „Vernhard“, von Danzig mit Weizen nach Hamburg, kam gestern Abend außerhalb Amrum an Grind, wurde jedoch, nachdem ein Theil der Ladung über Bord geworfen, wieder flott und ist soeben nach See gedampft. Das Schiff soll unbeschädigt sein.

Zuschriften an die Redaction.

Zu der Zuschrift in der heutigen Morgen-Zeitung, der die Leser der „Danz. Stg.“ gewiß ihre vollständigen Sympathien entgegenbringen, möchte ich mir erlauben daran aufmerksam zu machen, daß es noch eine andre Art, das Andenken großer Männer lebendig zu erhalten, bleibt, nämlich, daß man das geistige Kapital, das eine Stadt besitzt, auch wirklich flüssig macht und neues Kapital führt. Das erstere dieser in Rude stehenden Kapitale ist die Stadtbibliothek. Warum die Gule der Vogel der Pallas Athene ist, wird einem recht klar, wenn man Lage und Räumlichkeit der Stadtbibliothek vergleicht mit den darin angehäuften Schätzen. Am Ende der Stadt, 20 Minuten von der Wohnung fast jedes Lehrer entfernt, ohne anständiges Lesesimmer, ohne Zettelkataloge (an denen natürlich schon Jahre lang gearbeitet wird), das ist eine Bibliothek, das heißt eine Bibliothek. Golle hier nicht freiwillige Leistung irgend eines reichen Privatmannes gegen Münzen können, ähnlich wie bei der Kloster-Schule?

Ad II. Warum haben wir in Danzig keine allgemeine Lesehalle? Antwort: Weil ein solches Institut mehr Geld kostet als es einbringt und die Stadt dafür anlegen kann. Die Stadt weiß sehr wohl, daß Stadtbibliothek und Lesehalle ebenso collectivistisch, nicht Einzelinteressen entsprechen, wie Wasserleitung und Kanalisation. Aber mit Recht sagt sie: Erst kommt das Brod und dann der Ruchen. Und zum Ruchen haben wir kein Geld. Warum thut ihr Privatleute Euch nicht einmal zusammen und sorgt auch für den edlen Feiertag des Lebens? Es gehe nur einer voran, die anderen werden schon folgen.

r. a.

Die Heizung in dem hiesigen Johannis-Gymnasium ist so mangelfhaft, daß die Schüler in der Regel bei 8° R. Wärme den Unterricht Morgens beginnen, und daß die Temperatur sich nur selten Mittags bis auf 12° erhöht. Dass derartige Wärmedegrade für das körperliche Wohl der Schüler und auch der Lehrer nicht gerade vortheilhaft sind, ist selbstverständlich, und Kränkeleien unter den Schülern sind permanent.

Es ist deshalb dringend geboten, hier Abhilfe zu schaffen, und es wird hoffentlich nur dieser Anregung bedürfen, um eine Besserung in den Heizeinrichtungen betreffender Schule zu erzielen.

Ein für die Gesundheit seiner Kinder besorgter Vater.

Standesamt.

Vom 21. Februar.

Geburten: Arb. Johann Mielke, S. — Arb. Rudolf Rosinshi, L. — Bäckermeister Johann Niedzwikowski, L. — Dienstmänn. Adolf Makowski, L. — Zimmerges. Anton Radomski, L. — Arb. Otto Wunderlich, L. — Maschinenflosser Adolf Meyer, L. — Zimmerges.

Johann Kunikowski, L. — Zuschneider Ernst Lipsch, L. — Unehel. 1 G. 1 L. Aufgebote: Arbeiter Anton Adam Gmansk und Anna Rosalia Bernatzki. — Tischlerges. Carl Gustav Künster und Anna Maria Steppke. — Arbeiter Carl Naehring und Anna Hinzmann. — Maschinenflosser Paul Carl Robert Falk und Wilhelmine Auguste Bapla. — Fabrikarbeiter Friedrich Theodor Weinert hier und Friederike Hesse, genannt Häusermann, in Berlin.

Heirathen: Restaurateur Carl August Streng und Emma Maria Wilhelmine Henriette Kelsch. — Arbeiter Friedrich Wilhelm Kapitai und Amalie Louise Lemberg.

Todesfälle: L. d. Schiffsimmager. Johann Thimm, 12 M. — Tischler Rudolf Schüh, 74 J. — Arbeiter Wilhelm Tortenbacher, 72 J. — L. d. Schlossger. Victor Bonnatin, 10 M. — L. d. Fabrikarbeiters Oscar Lippert, 73 J. — Frau Johanna Florentine Siegl, geb. Rink, 62 J. — S. d. Arbeiters Paul Sand, 1 J. — Witwe Valentine Hermann, geb. Lohk, 64 J. — L. d. Zimmerges. Anton Radomski, 10 J. — L. d. Schuhmacherges. Josef Nowakowski, 2 J. — Unehel. 1 G.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeit

Mit inniger Begeisterung machen den Freunden die Anzeige, daß meine liebe Schwester Minna gestern Abend nach längerem Leiden entstiegen ist.
Danzig, d. 21. Februar 1888.
Laura Olszewski.

Concursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns Jacob Janzen hier, Brotz g. 89 ist am 20. Februar 1888, Mittag 12 Uhr, der Concurs eröffnet.

Ein 1. V. Walter Kaufmann, Richard Schimmelecker von hier, Hundegasse Nr. 70.

Oftener Arrest mit Anzeigekreis bis zum 19. März 1888.

Anmeldefrist bis 16. April 1888.

Erste Gläubiger-Verglümung am 9. März 1888, Vormittags 11/2 Minuten Nr. 42.

Prüfungstermin am 2. Mai

1888, Mittags 11 Uhr, dasselbe.

Danzig, den 20. Februar 1888.

Gregorowski,

Rechtschreiber des Königlichen Amtsgerichts XI. (7881)

Bekanntmachung.

In unsern Gesellschaftsregister ist heute sub Nr. 510 die Handelsgesellschaft Richter u. Röhrliter zu Danzig und als deren Inhaber die Kaufleute Oscar Hermann Richter und Albert Heinrich Röhrliter in Danzig mit dem Bemerkung eingetragen, daß die Gesellschaft am 1. Januar 1888 begonnen hat.

Danzig, den 17. Februar 1888.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Die nachstehend benannten Personen:

1. Der Wehrmann Johann Kienewski, geb. am 31. August 1855 in Wertheim, zuletzt aufenthalt in Falkenhorst.

2. Der Referent Martin Kolewski, geb. am 4. November 1860 in Solonowice, zuletzt aufenthalt in Waldau.

3. Der Erbabschreiber 1. Klasse Johann Schröder, geb. am 20. August 1859 in Johannisthal, zuletzt aufenthalt in Johannisthal.

4. Der Erbabschreiber 1. Klasse Peter Zielinski, geboren am 26. April 1860 in Lubau, zuletzt aufenthalt in Waldau.

5. Der Erbabschreiber 1. Klasse Josef Miz, geboren am 20. November 1860 in Schwekawitz, zuletzt aufenthalt in Schwekawitz.

6. Der Erbabschreiber 1. Klasse Johann Lederose, geb. am 25. October 1863 in Johannisthal, zuletzt aufenthalt in Johannisthal.

7. Der Erbabschreiber 1. Klasse Johann Spika, geboren am 27. Juni 1861 in Losnitz, zuletzt aufenthalt in Losnitz.

werden bezeichnet.

zu Nr. 1 als beurlaubter Wehrmann, zu Nr. 2 als beurlaubter Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein.

zu Nr. 3-7 als Erbabschreiber erster Klasse ausgewandert zu sein ohne von der beauftragten ein Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erlassen zu haben.

Überleitung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hierbei auf

den 26. Juni 1888,

Vormittags 11 Uhr,

vor das Königliche Schöffengesetz, erster Klasse ausgewandert zu sein ohne von der beauftragten ein Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erlassen zu haben.

Überleitung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hierbei auf

den 26. Juni 1888,

Vormittags 11 Uhr,

vor das Königliche Schöffengesetz,

in Schwab zur Hauptverhandlung

geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben

werden dieselben auf Grund der

nach § 472 der Strafprozeß-Ordnung von dem Königlichen Landwehr-Büro-Commando zu Pr. Giegar ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden. E. 13/88.

Schwab, den 11. Februar 1888.

Weiß,

Rechtschreiber des Königlichen Amtsgerichts. (7670)

Restaurations-Verpfändung.

Die Restaurierung auf dem Bahnhofe Garthaus nebst Wohnräumen soll vom 1. Mai 1888 ab anderweit verpachtet werden.

Bewerber werben die Vertragsbedingungen gegen portofreie Einwendung von 0,75 M. an unserem Bureau-Büro freigebaut.

Die Bedingungen können auch in unserem Geschäftsbüro eingesehen werden.

Angebote sind bis zum 15. März

cr. Vormittags 12 Uhr einzureichen,

zu welcher Zeit sie in das Gegenwart

der einen erzielbaren Bieter werden geöffnet werden.

Die Bewerber sind an ihr An-

gebot bis zum 1. April cr. gebunden.

Zugleich mit dem letzteren haben

die Bewerber eine Darstellung

ihrer früheren Verhältnisse sowie

Qualifikations- und politische

Führungsatteste einzureichen.

Danzig, den 16. Februar 1888.

Königliches Amtsgericht. (7740)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung von heute ist am 16. Februar 1888 in unteren Genossenschaftsregister zu Nr. 3 eingetragen worden, daß durch Beschluss der Generalversammlung der Bank Lubom in Lissabon eine eingetragene Genossenschaft vom 24. Januar und 10. Februar 1888 der Börsier Alexander Druck aus Lissabon zum Direktor, der Börsiermeister Alexander Kacynski aus Lissabon zum Controleur und der Börsier Lucius Urbanski aus Lissabon zum Caissier gewählt worden ist. (7742)

Danzig, den 16. Februar 1888.

Königliches Amtsgericht. (7740)

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung von heute

ist am 16. Februar 1888 in unteren

Genossenschaftsregister zu Nr. 3 eingetragen worden, daß durch

Beschluss der Generalversammlung

der Bank Lubom in Lissabon eine

eingetragene Genossenschaft vom

24. Januar und 10. Februar 1888

der Börsier Alexander Druck

aus Lissabon zum Direktor, der

Börsiermeister Alexander Kacynski aus Lissabon zum Controleur und der Börsier Lucius Urbanski aus Lissabon zum Caissier gewählt worden ist. (7742)

Danzig, den 16. Februar 1888.

Königliches Amtsgericht. (7740)

Goldaten

der verschiedenen Regimenter sind

in unserm

Militär-Album

„Das deutsche Heer“

durch 356 farbige Darstellungen

verz. schaulich.

Alte und junge Goldatenfreunde

haben ihre Freude an diesem

Album. Das Militär-Album ist zu

bezahlen in 5 Heften à 60 Pf.

oder in eleganter Einband für

360 M. Ein Brokett ver-

senden wir gegen Einsendung

von 70 Pf. in Briefmarken

überallhin franco. (G. 67)

Kunsthandlung F. Toussaint und

Ges. in Berlin NW. Unter den

Linden 44.

Idioten

u. ruh. Geisteskrank sind. Auf

Larven p. Königsstr. 1. Pr.

Glaz. (7820)

Hauptgewinne
im Werthe von
50 000 Mark
25 000 Mark
10 000 Mark

ferner je 1 Gewinn à M 5000 u.
M 4000, sow. mehr. à M 3000,
2000 u. 1000 s. m.
bietet die

Letzte Lotterie der Stadt

Baden-Baden.

Ziehung unverzerrlich

am 27. Februar

und folgende Tage.

Cosse hierzu à M 2,10. 10 Stück

M 20, verschenkt das General-

Debit Wirths Heimerdinger in

Baden-Baden.

Für Porto und Gewinnzettel sind

25 Pf. beizuzahlen. Auch sind die

Spiele zu haben in Danzig bei

Theod. Berling, Carl Alar. (6934)

Bekanntmachung.

In unsern Gesellschaftsregister ist heute sub Nr. 510 die Handels-

gesellschaft Richter u. Röhrliter zu Danzig und als deren Inhaber die Kaufleute Oscar Hermann Richter und Albert Heinrich Röhrliter in Danzig mit dem Bemerkung eingetragen, daß die Gesellschaft am 1. Januar 1888 begonnen hat.

Danzig, den 17. Februar 1888.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Die nachstehend benannten Personen:

1. Der Wehrmann Johann Kienewski, geb. am 31. August 1855 in Wertheim, zuletzt aufenthalt in Falkenhorst.

2. Der Referent Martin Kolewski, geb. am 4. November 1860 in Solonowice, zuletzt aufenthalt in Waldau.

3. Der Erbabschreiber 1. Klasse Johann Schröder, geb. am 20. August 1859 in Johannisthal, zuletzt aufenthalt in Johannisthal.

4. Der Erbabschreiber 1. Klasse Peter Zielinski, geboren am 26. April 1860 in Lubau, zuletzt aufenthalt in Waldau.

5. Der Erbabschreiber 1. Klasse Josef Miz, geboren am 20. November 1860 in Schwekawitz, zuletzt aufenthalt in Schwekawitz.

6. Der Erbabschreiber 1. Klasse Johann Lederose, geb. am 25. October 1863 in Johannisthal, zuletzt aufenthalt in Johannisthal.

7. Der Erbabschreiber 1. Klasse Johann Spika, geboren am 27. Juni 1861 in Losnitz, zuletzt aufenthalt in Losnitz.

werden bezeichnet.

zu Nr. 1 als beurlaubter Wehrmann, zu Nr. 2 als beurlaubter Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein.

zu Nr. 3-7 als Erbabschreiber erster Klasse ausgewandert zu sein ohne von der beauftragten ein Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erlassen zu haben.

Überleitung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hierbei auf

den 26. Juni 1888,

Vormittags 11 Uhr,

vor das Königliche Schöffengesetz,

in Schwab zur Hauptverhandlung

geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben

werden dieselben auf Grund der

nach § 472 der Strafprozeß-Ordnung von dem Königlichen Landwehr-Büro-Commando zu Pr. Giegar ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden. E. 13/88.

Schwab, den 11. Februar 1888.

Weiß,

Rechtschreiber des Königlichen Amtsgerichts. (7670)

Restaurations-Verpfändung.

Die Restaurierung auf dem Bahnhofe Garthaus nebst Wohnräumen soll vom 1. Mai 1888 ab anderweit verpachtet werden.

Bewerber werben die Vertragsbedingungen gegen portofreie Einwendung von 0,75 M. an unserem Bureau-Büro freigebaut.